

Die Hauptamtlichen

Teil 2: Die Fortsetzung der Stasi - Gehaltslisten

Was uns die Stasi kostete

Von Reinhard Schult

An den Reaktionen zur Veröffentlichung der Stasi-Namenslisten wird auch eine Art Einheitsfront zwischen ehemaligen Mitarbeitern, PDS und ND deutlich.

Eines ihrer gemeinsamen Argumente ist, die Veröffentlichung der Namen würde von den sozialen Nöten und Ängsten der Menschen ablenken. "Wem nützt diese Aktion?" fragt Dietmar Keller, Abgeordneter der PDS im Bundestag und ehemaliger Kulturminister der Regierung Modrow/de Maiziere. Und Wolfgang Schwanitz, als Stasi-General mit 68250 Mark Jahresgehalt an sechster Stelle in der Gehaltsliste, behauptet in einer Umfrage der Berliner Zeitung: "Mit dem Dauerbrenner Stasi soll nach bewährter Methode von den wachsenden Alltagsproblemen der Menschen in den neuen Bundesländern abgelenkt werden."

"die andere" als Zentralorgan Kohlscher Politik? Sprache ist verräterisch, Herr Keller und Herr Schwanitz. Die Drahtziehertheorie hat schon Stalin in seinen Moskauer Prozessen verwendet.

Wenn schon von PDS und Ex-Stasi versucht wird, die soziale Situation in der ehemaligen DDR gegen die politi-

sche Frage der Offenlegung auszuspielen, sollten wir doch unsererseits den Versuch machen, die soziale und finanzielle Belastung der DDR-Gesellschaft durch die Stasi aufzurechnen.

Die Gehaltsliste des MfS umfaßt ca. 100000 Namen von hauptamtlichen Angestellten. Ihnen wurden 1989 etwa 2,5 Milliarden Mark ausgezahlt. Hinzu kommen mindestens 300000 inoffizielle Mitarbeiter, auch Spitzel genannt.

Nicht alle haben Geld erhalten, manche eine Wohnung, ein Telefon oder früher und billiger als andere ein Auto. Oder sie konnten beruflich Karriere machen, z.B. freier Rechtsanwalt werden wie Herr Schnur oder ein Geschäft eröffnen. Spitzel, wenn sie Geld bekamen, erhielten zwischen 700 und 1000 Mark pro Monat. Nimmt man an, daß ein Drittel von ihnen, also 100000 bezahlt wurden, sind das 1,2 Milliarden Mark im Jahr. Dazu kommen die Kosten für den Unterhalt von mehr als 17000 Fahrzeugen, Bussen, LKW, von mehr als 10000 konspirativen Objekten und Wohnungen, für bauliche Investitionen aller Art, die medizinische Betreuung, die Ausbildung, das Waffenarsenal, die Bezahlung der Agenten im Ausland, der Aufbau von ausländischen Geheimdiensten in der

3. Welt, wie Äthiopien, Angola oder Jemen. Insgesamt sind das mindestens 10 Milliarden Mark im Jahr.

Ihre Regierung, Herr Keller, hat am Runden Tisch behauptet, die Stasi hätte uns pro Jahr 3,6 Milliarden Mark gekostet. Sie hat, wie so oft damals, gelogen. Und wenn Sie es genauer wissen, Herr Schwanitz, und Sie wissen es genauer, dann sagen sie es und leisten damit endlich Ihren Beitrag, um Licht in das Dunkel zu bringen. Wir würden schon gerne wissen, wo die Konten der Auslandsplionage geblieben sind, wieviele Betriebe, Wohnungen und Häuser die Stasi im Ausland besaß und wer jetzt die Besitzer sind.

Die Staatssicherheit war nicht nur moralisch und politisch verheerend die ehemalige DDR, sie war auch eine gigantische finanzielle Fehlinvestition. Der Wert, den ein Facharbeiter damals in einer Stunde erarbeitet hat, liegt bei 50 Mark. Die 100000 hauptamtlichen Mitarbeiter hätten in der Produktion 10 Milliarden Mark im Jahr erarbeiten können. Rechnet man jetzt noch die Kosten der parasitären Bürokratie von SED, Gewerkschaft, FDJ und Blockparteien aus, bekommt man eine Vorstellung davon, welche finanzielle Last auf der Gesellschaft der DDR gelegen hat.

Inhalt

II: **Teppiche, Besen und Schleier**
von Werner Fischer

III: **Ihre Namen**

XIV: **Zum Beispiel Zeiseweis**

XV: **Die Ratten kommen an Bord**
von Detlef Opitz

XVI: **Das Dynamo-Problem**

Zivile Gesellschaft

Wenn man eine unausweichlich vor allen stehende und alle angehende Diskussion beeinflussen will, dann muß man sie selbst beginnen. "die andere" hat eine Aussprache begonnen, die alle Bürger der ehemaligen DDR betrifft. Doch von niemanden wohl kann sie so klar und scharf, so genau aus Erfahrung, so bestimmt und so zurückhaltend geführt werden wie von der Bürgerbewegung.

Als erster Einwand — als ob er noch vor dem Nachdenken gesagt würde — tritt uns der Vorwurf der Anprangerung entgegen. Was für ein Argument! Wie könnte eine Liste, nach der eine Behörde jahrzehntelang die Gehaltszahlungen regelte zum Pranger werden? Sie verzeichnet doch die richtigen Einkommen, sie hat doch die Zahlungen ausgelöst, sie regelte doch Monat für Monat das Leben? Das war doch der Alltag des Amtes und der Rhythmus des Dienstes? Unbestritten. Worin sollte also die Anprangerung bei dieser späten Mitteilung liegen? Nicht in der Mitteilung des bürokratischen Alltags, sondern im schlechten Gewissen seiner Teilnehmer liegt die Wucht der Anprangerung. Sie möchten ihr Geheimnis wahren, sie möchten es fortsetzen. Sie möchten noch einmal die von ihrer Arbeit Betroffenen schuldig sprechen. Auch das ist eine Fortsetzung.

Aber, "liebe Genossen", versteht doch endlich, daß das Ende Eurer Tätigkeit nur bedeuten kann, das Versteckspiel zu beenden und in die Gesellschaft zurückzukehren. Das Versteckspiel der Macht nur gegen das der Ohnmacht einzutauschen, ist noch kein Schritt zur Demokratisierung. Ihr seid längst abgesetzt, aber nun müssen noch die Betroffenen in den Zustand der Unbefangenheit eingesetzt werden. Das Geheimnis ist erst abgesetzt, wenn wir in die praktische Wahrheit eingesetzt sind. Nicht nackt, sondern angezogen wollten wir Euch kennenlernen. Rein mitmenschlich haben wir auch bloß Mitleid und den Wunsch, lieber vorbei ins Freie zu sehen, doch gesellschaftlich haben wir noch Ansprüche. Der Aufbau des Amtes, sein Regelwerk, Eure Namen und Gehälter, der Anteil am Erwerbseinkommen, am Steueraufkommen, am Gebäudebestand, die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten - das muß erkennbar sein. Ihr werdet nicht angeprangert, Ihr werdet veröffentlicht. Angeprangert wird vielleicht das Monstrum der Macht, jedes Monstrum der Macht. Die Demokratie hat in diesem Land gewaltfrei gesiegt,

aber schmerzfrei wollte sie nicht sein. Wir haben jetzt die Wahl: entweder wird sie zynisch und aggressiv - oder sie wird ehrlich.

Die verfeinerte Form der Abwehrreaktion ist der Vorwurf, unsere Veröffentlichung "lenke von den sozialen Konflikten ab". Solche Kämpfer für soziale Gerechtigkeit scheinen von dem moralischen und politischen Niveau derer, für die sie eintreten wollen, keine allzu hohe Meinung zu haben. Sie stellen sich vor, der Arbeitsplatz könne dem Arbeitslosen die politische und moralische Gerechtigkeit ersetzen. Sie nehmen nichts ernst und werden deshalb nichts erreichen. Sie ahnen immer noch nicht, daß jeder Kampf um soziale Gerechtigkeit die eigene Würde und alle Menschenrechte einschließt. Die Benutzung sozialer Fragen zur Verdrängung tieferliegender Spannungen emanzipiert niemanden. Wir hatten doch schon eine Sozialpolitik, die den Sozialismus erstickt hat.

Der nächste Einwand betrifft das Pauschalpauschale unserer Veröffentlichung. Die Differenzierung fehle. Wann sollte die kommen? Der Einwand läuft darauf hinaus, die Geschichte den Strafverfolgungsbehörden zu überlassen anstatt den Menschen, für die sie Erfahrung und Gegenwart ist. In der Tat, das Pauschalpauschale ist Absicht, demokratische Absicht. Nur so wird es gesellschaftliche, statt advokatische Aussprache. Der Alltag des Amtes war pauschal, der Alltag der Macht ist pauschal. Wer jetzt die Liste durchsieht, tut öffentlich und frei etwas, was die Macht verdeckt und repressiv getan hat. Das riesige Massiv des Staatssicherheitsministeriums gehörte zu unserem Leben im vorigen Staate. Wie es jetzt auftaucht aus dem Dunkel der Vermutungen, weist es auch grüne, bewachsene, wahrscheinlich harmlose Stellen auf. Wir drucken dazu auf Seite XVI dieser Beilage den Brief einer Sekretärin beim Sportclub Dynamo ab. Eben das ist Aufarbeitung und das Gegenteil von pauschaler Anprangerung. Es werden noch viele Seiten jener Wirklichkeit hervortreten. Sollen sie, wir haben so gelebt. Wir sind zu jeder Richtigstellung bereit - öffentlich, gleichberechtigt. Die zivile Gesellschaft zerstört das eine wie das andere Versteckspiel, sie lebt weder durch die Macht noch von der Ohnmacht.

Klaus Wolfram

Brave Bürger

von Jens Reich

Begeistert bin ich keineswegs über die Veröffentlichung der langen Gehaltsliste von Stasi-Offizieren. Auch unter den 100 000 Angestellten wird es zahlreiche brave Bürger gegeben haben, vielleicht im medizinischen Dienst der Bezirksverwaltung Magdeburg, um ein Beispiel zu greifen, und ich möchte nicht, daß die angepöbelt oder bespuckt werden. Die Gefahr ist übrigens gering. Ich kenne zahlreiche Funktionäre, denen nichts geschehen ist, bis hin zu Egon Krenz, der ein paar Straßen weiter unbehelligt wohnt.

Auch dürfen Stasi-Mitarbeiter, die die Vergangenheit bereuen und einen neuen Anfang mit produktiver Arbeit versuchen, nicht durch die Veröffentlichung aus der Bahn geworfen werden.

Das ist aber leichter gesagt als eingelöst, wenn Millionen ihre Arbeit verlieren, die früher schon benachteiligt und in ihrer Entwicklung gehemmt waren und jetzt nicht einsehen werden, daß es sie trifft und nicht zuerst die Mitarbeiter des MfS.

Die Argumente für die Veröffentlichung wirken stärker.

Erstens, die Liste ist bereits in zahlreichen Händen. Als Geheimpapier macht sie jeden, dessen Klarnamen auf ihr steht, erpreßbar. Jederzeit kann man ihn hochgehen lassen.

Zweitens, es ist gerechter, wenn die Namen nicht einzeln durchsickern, wie es jetzt war, und die Gewandte-

sten sich wieder durchschlängeln. Drittens, die öffentliche Atmosphäre in den neuen Ländern ist durch die Vermutung vieler Menschen vergiftet, daß angeblich alte Stasiseilschaften als heimliche Saboteure wirken. Wo das zutrifft, ist mit der Veröffentlichung eine Seilschaft ein für allemal entdeckt. Wo nicht, verliert die Vermutung an Gewicht, selbst dort, wo vielleicht ein Ex-Stasi untergekommen ist.

Viertens, denke ich, wird es nach der Veröffentlichung leichter sein, daß Stasi-Offiziere zur historischen Aufarbeitung und auch Aufklärung alter Fälle bereit sind. Auch die eigene Verstrickung und ihre Vorgeschichte und Motive werden sich befreiter analysieren lassen. Es wäre für die historische Gerechtigkeit auch wichtig, wenn aufgeklärt würde, an welchen Schlüsselentscheidungen der DDR-Zeit die Stasi nicht beteiligt war. Gegenwärtig ist die Tendenz ganz offensichtlich, Partei- und Staatsapparat aus dem Blick zu lassen und das MfS einseitig zu belasten. Auch hier kann Glasnost der Klarstellung dienlich sein.

Die bisherige Erfahrung mit Enthüllungen läßt eigentlich hoffen. Es gab stets einigen Wirbel, aber bald Beruhigung. Keine Lynchjustiz.

Es gibt noch ein paar Aspekte der Veröffentlichung, die ich interessant finde. Ich nenne sie kurz.

Weniger als vierzig Frauen unter den 2000 Spitzen! Weniger als 2 unter

100! Was war das für ein Männerklub, und welche Bedeutung hat das für das Scheitern des Projektes!?

Anordnung nach Jahresgehalt! Das hat einen doppelten Effekt. Das durchschnittliche Einkommen in der DDR lag irgendwo unter 15000 Mark, und hier sind alle über dem Doppelten bis zu Mielkes fünffachen Einkommen. Neben den anderen Vergünstigungen! Welch eine Verzerrung der Fassade des Arbeiter- und Bauernstaates!

Andererseits: Ein Westler wird über solche Unterschiede nur müde lächeln. Da gibt es ganz andere Spannen und Beträge in den Gehaltslisten. Leider ist das Schlüsselverzeichnis unvollständig und fehlerhaft. Hier wäre eine Analyse der sozialen Differenzierung nach Aufgabengebiet sehr interessant.

"Die andere" sollte eine historisch-soziologische Analyse in Auftrag geben und könnte zur Versachlichung der Diskussion beitragen. Auch als Modell für denkbare zukünftige Analysen des Hauses Gauck könnte man Vorarbeit leisten.

Mit einem Wort: Die Veröffentlichung ist eine zwiespältige Entscheidung, aber beim Abwägen geht es nicht um Bekanntmachen oder Unbekanntlassen, sondern um die Entscheidung zwischen heimlich Herumreichen und unter Drucksetzen einerseits und ein für allemal öffentlich Machen andererseits. Um die Wahl des kleineren Übels für die Betroffenen und für die Allgemeinheit.